

## Beschluss II Energie

Gremium:	Landesparteitag
Beschlussdatum:	24.04.2021
Tagesordnungspunkt:	4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen- Anhalt

### Text

902 Die Zukunft der Energieversorgung sind die Erneuerbaren Energien. Um die  
903 Auswirkungen der Klimakrise zu begrenzen und die Klimaschutzziele zu erreichen,  
904 ist die Energiewende unabdingbar. Fossile Energien wie Braunkohle, Gas und  
905 Atomkraft haben ausgedient. Wir unterstützen die Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen,  
906 damit die Kosten der fossilen Energienutzung mit ihren schädlichen  
907 Umweltauswirkungen im Wettbewerb mit den sauberen Erneuerbaren Energien fair  
908 berücksichtigt werden.

909 Die mit Abstand effizienteste Klimaschutzmaßnahme ist die Vermeidung von  
910 unnötigem Energieverbrauch. Deshalb ist die Senkung des Energieverbrauchs eine  
911 wichtige Säule der Energiewende. Der aktuelle Stand der Technik, alternative  
912 Materialien und neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe lassen schon heute  
913 zu, dass bei weniger Energieeinsatz gleiche Ergebnisse erzielt werden. Das  
914 erfolgreiche Förderprogramm des Landes zur CO<sub>2</sub>-Einsparung in kleinen und  
915 mittleren Unternehmen wollen wir fortsetzen. Das macht die Unternehmen fit für  
916 die Zukunft und ist gut für das Klima.

917 Mit dem weiteren Ausbau Erneuerbaren Energien bleibt Sachsen-Anhalt ein Land der  
918 Energie.

### 919 Dezentrale Energieversorgung

920 Wesentlicher Bestandteil der Energiewende ist für uns die dezentrale  
921 Energieerzeugung. Bürger\*innen mit eigenen Energiegenossenschaften, Stadtwerke  
922 und Kommunen müssen als Akteur\*innen stärker eingebunden werden.

923 Auf Landesebene muss es den Kommunen ermöglicht werden, Energieanlagen mit  
924 Erneuerbaren Energien zu betreiben. Hierfür wollen wir das  
925 Kommunalverfassungsgesetz novellieren.

### 926 Unabhängige Beratungsstelle für Erneuerbare Energien 927 schaffen

928 Die Energiewende braucht umfassende sowie neutrale Information und Beratung zu  
929 allen Aspekten der Umsetzung von Projekten mit Erneuerbaren Energien und der  
930 Nutzung von Potentialen aus der Sektorenkopplung. Für Kommunen und Bürger\*innen  
931 bieten die dezentralen Erneuerbaren Energien eine Vielzahl von Möglichkeiten der  
932 Umsetzung auf lokaler Ebene. Damit Konzepte für die dezentrale Erneuerbare  
933 Energieversorgung in gemeinsamen Quartieren, die Umsetzung von Fern- und  
934 Nahwärmenetzen mit Erneuerbaren Energien, die Nutzung von Abwärme sowie die  
935 Nutzung flexibler Lasten und Speicher umgesetzt werden können, müssen die  
936 lokalen Akteur\*innen besser unterstützt werden.

937 Wir schaffen dafür eine unabhängige Beratungsstelle. Diese soll bei der  
938 Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt (LENA) angesiedelt werden. Die LENA soll  
939 dafür personell besser ausgestattet werden, um eine aktive, professionelle  
940 Unterstützung von Bürger\*innen bei der Umsetzung von Vorhaben oder der  
941 Begleitung von Genehmigungsverfahren mit dem Ziel der Steigerung der Akzeptanz  
942 zu leisten.

### 943 100 Prozent erneuerbare Energien bis spätestens 2035

944 Klimaneutral zu werden heißt, bis 2035 100 Prozent Erneuerbare Energien in allen  
945 Bereichen der Energienutzung – von der Wärme über den Verkehr bis zur  
946 industriellen Produktion – zu erreichen. Für die Deckung des jetzigen  
947 Strombedarfs Deutschlands und dem Strombedarf für die angestrebte  
948 Elektromobilität und Wasserstoffwirtschaft ist im Vergleich zu heute die 3- bis  
949 7-fache installierte Leistung an Windkraft und Photovoltaik nötig. Um den  
950 Wärmebedarf zu decken, sind daneben der verstärkte Ausbau von solarthermischen  
951 Großanlagen für Fernwärmenetze und Prozessenergie für die Industrie nötig.

952 Die jährlichen Zubauraten an regenerativer Energie wie Windenergie,  
953 Photovoltaik, Bioenergie und solarthermischen Großanlagen müssen deshalb  
954 deutlich größer werden. Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Sachsen-Anhalt  
955 einen konkreten Plan mit Zwischenzielen 2025 und 2030 zum Ausbau der  
956 regenerativen Strom- und Wärmeversorgung erstellt, mit dem bis 2035  
957 Klimaneutralität erreicht wird. Dazu müssen geeignete Flächen erfasst und  
958 vorrangig bereitgestellt werden.

### 959 Windenergie als wichtigen Wirtschaftssektor für Sachsen- 960 Anhalt sichern

961 Die Standorte der Fertigung von Windkraftanlagen sollen von Bund und Land mit  
962 Mitteln aus dem europäischen Green Deal durch eine Förderung der Forschungs- und  
963 Entwicklungskompetenzen gestärkt werden. Wir wollen die wissenschaftliche  
964 Zusammenarbeit zwischen den Standorten und den Hochschulen sowie  
965 Forschungsinstituten fördern.

### 966 Repowering vorantreiben

967 Wir setzen zudem auf Repowering, die Erneuerung der bestehenden  
968 Windkraftanlagen, um mehr Windenergie mit neuer und effizienter Technik in  
969 Sachsen-Anhalt zu produzieren.

970 Wir nehmen den Interessenkonflikt zwischen Naturschutz und Windenergieausbau  
971 ernst. Daher gilt es, den Leitfaden „Artenschutz an Windenergieanlagen“ von  
972 Sachsen-Anhalt anzuwenden und fortzuschreiben. Technologien zur Minimierung von  
973 Kollision mit Vögeln und Fledermäusen durch automatische Abschaltvorrichtungen  
974 sind entsprechend der naturschutzfachlichen Notwendigkeit bei allen Neuplanungen  
975 und Repowering-Maßnahmen konsequent einzusetzen. Die Forschung auf Bundes- und  
976 Landesebene zum Abbau von Konflikten zwischen Naturschutz und Windkraftnutzung  
977 wollen wir unterstützen. Die bereits umgesetzten Regelungen auf Landesebene  
978 fördern die Installation neuer leistungsstarker Anlagen in den Windvorrang- und  
979 Eignungsgebieten unter Achtung von Arten- und Naturschutz. Für die komplexen und

980 umfassenden Genehmigungsprozesse wollen wir eine bessere Personalausstattung in  
981 den Genehmigungsbehörden.

982 Um mehr Windenergie zu gewinnen, braucht es mehr Flächen für Windkraft. Wir  
983 wollen im Landesentwicklungsgesetz als Ziel verankern, dass mindestens zwei  
984 Prozent der Landesfläche als Windvorrangs- oder Eignungsgebiete in den  
985 regionalen Entwicklungsplänen ausgewiesen werden.

986 Wir unterstützen Maßnahmen zur rechtssicheren Umsetzung von Repowering an  
987 Standorten mit hoher Akzeptanz.

988 Abstimmung beim Programmparteitag:

989 Potential sehen wir dabei insbesondere in der Nähe von Straßen, Bahn- und  
990 Stromtrassen. Naturschutzfachlich wertvolle Waldflächen mit Schutzstatus sind  
991 für uns tabu. Für Wälder ohne Schutzstatus sollte hingegen die Errichtung von  
992 Windenergieanlagen nicht von Vorneherein ausgeschlossen werden. Dies könnte  
993 insbesondere für artenarme und gleichförmige Nadelholzmonokulturen, wie Kiefern-  
994 und Fichtenwälder und durch den Klimawandel geschädigte Wald – und  
995 Forststandorte gelten. Eine vom Landesamt für Umweltschutz (LAU) erstellte  
996 Positivliste soll die Standorte angeben, damit es nicht zu Konflikten mit Arten-  
997 und Naturschutz kommt.

998 **Kommunen an der Windenergienutzung finanziell beteiligen**

999 Die Energiewende lebt von der Akzeptanz der Bevölkerung. Wir treten für eine  
1000 verpflichtende Außenbereichsabgabe auf Bundesebene ein. Die dazugehörige  
1001 Initiative des grün geführten Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und  
1002 Energie in dieser Legislatur wollen wir weiter vorantreiben. Außerdem fordern  
1003 wir die Bundesregierung auf, die Möglichkeiten der EU-Erneuerbaren-Energien-  
1004 Richtlinie zu nutzen und gesetzlich zu verankern, dass die  
1005 Bürger\*innenwindenergieanlagen ohne Ausschreibungsverfahren im EEG gefördert  
1006 werden.

1007 Wir wollen eine Leitlinie zur Förderung der Bürgerbeteiligung an Wind- und  
1008 Freiflächensolaranlagen entwickeln, damit sich insbesondere die Bürger\*innen aus  
1009 der Region beteiligen können.

1010 Wir wollen einen Rahmen schaffen, dass sich Gemeinden mit bestehenden  
1011 Flächenbesitzanteilen durch Verpachtung der Flächen direkt an Wind- und  
1012 Solarprojekten beteiligen können.

1013 **Solarenergie ausbauen**

1014 Jedes Gebäude, jeder Verkehrsweg und jede alte Mülldeponie soll, soweit möglich,  
1015 mit Photovoltaik-Modulen und solarthermischen Kollektoren ausgestattet werden.  
1016 Die Nutzung der Potentiale für die Solarenergie an Gebäuden und über  
1017 versiegelten Flächen wie Parkplätzen muss forciert werden. Wir fordern deshalb,  
1018 dass die Nutzung von Solarenergie (Photovoltaik und Solarthermie) bei jedem  
1019 Neubau und bei jeder Dachsanierung gesetzlich verpflichtend ist. Mit  
1020 Photovoltaik und Solarthermie kann Strom und Wärme vor Ort, wo sie gebraucht  
1021 werden, produziert werden.

1022 Wir wollen Pilotprojekte in Sachsen-Anhalt zur Nutzung von Solarmodulen an  
1023 Lärmschutzwänden und anderen Infrastruktureinrichtungen nutzen.

#### 1024 Photovoltaik auf landwirtschaftlichen Flächen

1025 Wir wollen die Landwirt\*innen durch zusätzliche Einnahmen aus der Energiewende  
1026 wirtschaftlich stärken. Agri-Photovoltaik ermöglicht gleichzeitig die  
1027 landwirtschaftliche Nutzung und Solarstromerzeugung auf ein und derselben  
1028 Fläche. Die landwirtschaftlichen Flächen bieten ein enormes Potential, gerade  
1029 auf den Anbauflächen schattentoleranter Kulturen wie zum Beispiel Kartoffeln.  
1030 Wir begrüßen die Aufnahme der Agri-Photovoltaik im Erneuerbare-Energie-Gesetz  
1031 (EEG) auf Bundesebene. Wir fordern vom Bund die weiteren gesetzlichen  
1032 Rahmenbedingungen im Baugesetzbuch und der Agrarförderung zu schaffen, um die  
1033 einfache Umsetzung von Projekten zu ermöglichen. Wir streben an, Pilotprojekte  
1034 zu initiieren, um Erfahrungen mit Agri-Photovoltaik zu sammeln.

1035 Wir wollen die Möglichkeit von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in  
1036 benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten sowie deren Vergütung nach dem EEG  
1037 durch Landesverordnung ermöglichen und dabei auch den Landesentwicklungsplan,  
1038 der das bisher ablehnt, ändern. Die Umsetzung von PV - Projekten im EEG entlang  
1039 von Bundesstraßen, Autobahnen und Bahntrassen wollen wir forcieren. Vergleichend  
1040 zur Außenbereichsabgabe für Windkraftanlagen fordern wir akzeptanzfördernde  
1041 Maßnahmen für alle Freiflächenanlagen, z.B. durch eine Pflichtabgabe an die  
1042 betroffenen Gemeinden. Mit dem Ziel der ökologische Aufwertung und zur  
1043 Integration in das Landschaftsbild sollen Freiflächenanlagen zum Beispiel  
1044 großzügig mit Hecken umsäumt werden. Ökologisches Monitoring soll hierbei  
1045 negative Auswirkungen minimieren.

#### 1046 Mieter\*innenstrom und Eigenstromnutzung fördern.

1047 Bei Eigenstromnutzung wird Solarenergie genutzt, wo diese gebraucht wird. Wir  
1048 fordern die Hemmnisse auf Bundes- und Landesebene zur Eigenstromnutzung endlich  
1049 konsequent abzubauen. Wir wollen eine unbürokratische und wirtschaftliche  
1050 Nutzung sowohl von Kleinstsolaranlagen wie Balkonsolaranlagen als auch für große  
1051 Anlagen in Gewerbebetrieben oder für Mieterstromkonzepte. Wir wollen, dass die  
1052 Landesenergieagentur als zentrale und neutrale Beratungsstelle für  
1053 Mieterstrommodelle in Partnerschaft mit der Wohnungswirtschaft tätig werden  
1054 kann. Durch die Maßnahmen können die Vorteile einer dezentralen Energiewende  
1055 auch Mieter\*innen und Menschen mit geringem Einkommen erreichen.

#### 1056 Bioenergie noch ökologischer machen

1057 Wir wollen die Bioenergie im Land in ihrem Bestand stärken und noch ökologischer  
1058 machen. Sie ist nach der Windkraft die zweitgrößte Energiequelle für  
1059 erneuerbaren Strom in Sachsen-Anhalt. Die Nutzung von Bioenergie muss sich  
1060 künftig den neuen Herausforderungen einer 100-prozentig Erneuerbaren  
1061 Energieversorgung stellen. Die wirtschaftliche Nutzung von Biomasse zur  
1062 Stromerzeugung muss ohne Monokulturen erfolgen. Sie muss im Einklang mit den  
1063 Zielen des Arten- und Naturschutzes ihre Potentiale als speicherbare Energie und  
1064 flexible Stromerzeugung voll entfalten. Wir fordern vom Bund Rahmenregelungen,

1065 die sich an den technologischen Bedingungen der Biomasseanlagen und dem Ziel 100  
1066 Prozent Erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung orientieren.

1067 Wir fordern eine 100% Nutzung der erzeugten Energie. Überschüssige Abwärme aus  
1068 der Stromerzeugung ist z.B. durch Nachwärmekonzepte bei bestehenden und neuen  
1069 Anlagen zu nutzen. Wir fordern vom Bund die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen  
1070 im Erneuerbare-Energien-Gesetz weiter zu verbessern.

1071 Die Nutzung von Klärgasen und Bioabfällen zur Biogaserzeugung in geschlossenen  
1072 Anlagen ist ein Baustein hin zu einer treibhausgasneutralen Kreislaufwirtschaft.  
1073 Durch die Vergärung des Bioabfalles werden CO<sub>2</sub>- und Methanemissionen vermieden,  
1074 zugleich wird Strom und Wärme erzeugt und der feste und flüssige Gärrest kann  
1075 als Dünger genutzt werden. Gartenabfälle sollen den Bioabfällen zugeführt  
1076 werden, ihr Verbrennen wollen wir verbieten.

### 1077 Energiewendedörfer und -quartiere fördern

1078 Energiewendedörfer ergreifen die Chancen, die Energiewende und Klimaschutz  
1079 bieten. Davon profitiert die Gemeinde wirtschaftlich, der regionale Zusammenhalt  
1080 wird gestärkt und gemeinsame Initiativen werden auf dem Weg gebracht. Kommunen  
1081 wie Saerbeck im nördlichen Münsterland oder der Rhein-Hunsrück-Kreis haben es  
1082 bewiesen und auch Dardesheim, Tangeln und Sieben Linden in Sachsen-Anhalt  
1083 zeigen, wie die Energiewende gelingen kann und zu einem echten Gewinn für die  
1084 Kommune wird.

### 1085 Förderprogramm für alternative Wärmeversorgungsanlagen

1086 Mit Blick auf die Endlichkeit fossiler Energieträger und die Alternativen, die  
1087 es im Heizungsbereich bereits gibt, sind Neu-Installationen von Öl- und  
1088 Erdgasheizungen unvereinbar mit dem Ziel einer Klimaneutralität bis 2035. Es  
1089 gibt bereits zahlreiche alternative Wärmeversorger-Anlagen: Solarthermieanlagen  
1090 mit großen dezentralen und/oder saisonalen Speichern, Biomasseanlagen mit  
1091 nachhaltiger Biomasseproduktion, vorzugsweise aus der Region, oberflächennahe  
1092 Erdwärmepumpenanlagen sowie Elektro- oder Gas-Wärmepumpen. Wir fordern den Bund  
1093 auf, die bestehenden Bundesförderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau  
1094 (KfW) und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BaFa) miteinander  
1095 kombinierbar zu machen und mit höheren Zuschüssen und Tilgungszuschüssen aus den  
1096 Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auszustatten, solange die CO<sub>2</sub>-Preise des  
1097 Brennstoffemissionshandelsgesetzes nicht die realen Umweltkosten abbilden.

1098 Die bisherige Förderung von Anlagen zur Kraft- Wärme-Kopplung (KWK) sollte es  
1099 nur noch geben, wenn die Brennstoffe auf regenerativer Basis wie Biomasse,  
1100 Power-to-Liquid oder Power-to-Gas basieren.

### 1101 Straßenbeleuchtung energieeffizient machen

1102 Viele Kommunen setzen darauf, die nächtliche Straßenbeleuchtung bei  
1103 gleichzeitiger Gewährleistung des Sicherheitsaspekts und Reduzierung der  
1104 Lichtverschmutzung zu mindern. Durch Umrüstung auf sparsame Leuchtmittel,  
1105 intelligente Schaltung und Bewegungssensoren werden auch die Haushalte der  
1106 Kommunen entlastet. Wir fordern, dass auch finanzschwache Kommunen diese

1107 rentierlichen Investitionen durch günstige Kredite finanzieren können. Die  
1108 Neuplanung unter Beachtung der Minimierung der Lichtverschmutzung ist der  
1109 Sanierung durch Austausch der Leuchtkörper vorzuziehen. Erfahrungen aus dem  
1110 Pilotprojekt in Bernburg sind zu nutzen.

### 1111 Förderung für Stromspeicher

1112 100 Prozent Erneuerbare Energien erfordert die Speicherung von Strom. Dezentrale  
1113 Speicher für Ein- und Mehrfamilienhäuser sind am Markt verfügbar. Wir fordern,  
1114 dass die Forschung, Entwicklung und Anwendung von Speichern aus Mitteln des EFRE  
1115 und der Strukturförderung des Kohleausstiegs gefördert werden. Wir wollen, dass  
1116 Sachsen-Anhalt frühzeitig die wirtschaftliche Chance dieser Technologie nutzt.  
1117 Gemeinsam mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen wollen wir in Sachsen-  
1118 Anhalt die Kurz-, Mittel- und Langzeitspeicher voranbringen. Neben  
1119 elektrochemischen Speichern wollen wir auch andere Speichertechnologien wie  
1120 mechanische Speicher und sektorenübergreifende Speicher wie Power-to-X weiter  
1121 erforschen und ihr Potential für Sachsen-Anhalt identifizieren, speziell auch  
1122 bei der Rekultivierung der Alltagsbauflächen im Süden von Sachsen-Anhalt. Das  
1123 erfolgreiche Förderprogramm für elektrochemische Stromspeicher wollen wir  
1124 verstetigen.

### 1125 Sachsen-Anhalt muss Schrittmacher beim grünen Wasserstoff 1126 werden

1127 Im grünen – und nur im grünen! – Wasserstoff, bei dem durch Elektrolyse oder  
1128 andere noch effizientere Verfahren Strom aus Wind und Sonne gespeichert wird  
1129 (Power-to-Gas), sehen wir ein bedeutendes Standbein für die Energiewende in  
1130 Sachsen-Anhalt. Das Mitteldeutsche Revier ist ein Zentrum der Chemieindustrie.  
1131 Daher setzen wir uns im Rahmen des Strukturwandels dafür ein, dass die Region  
1132 eine Modellregion für grünen Wasserstoff wird. Auch in anderen grünen Gasen wie  
1133 grünem Amoniak sehen wir Potential. Damit sollen Arbeitsplätze der  
1134 Kohleindustrie ersetzt und neue geschaffen werden.

1135 Darüber hinaus wollen wir auch in anderen Landesteilen die Gasinfrastruktur  
1136 wasserstofftauglich machen. Wir fordern vom Bund im Rahmen der nationalen  
1137 Wasserstoffstrategie die Forschungs- und Wirtschaftszweige rund um Wasserstoff  
1138 landesweit zu unterstützen und zu fördern. Die Brennstoffzellentechnologie muss  
1139 für alle nicht elektrotauglichen Verkehrsträger, Heim- und Industrieanwendungen  
1140 weiterentwickelt und durch den Bund gefördert werden. Dafür braucht es neben  
1141 Prüfständen vor allem auch Fertigungs- und Forschungsstandorte. Die  
1142 Infrastruktur zum Transport von Wasserstoff (zum Beispiel  
1143 Wasserstofftankstellen, Gasleitungssysteme und Druckbehälter) muss geschaffen  
1144 werden.

### 1145 Verteilnetze für die Elektromobilität und 1146 Wärmepumpenanwendungen stärken

1147 Wir müssen die Stromnetze sanieren, optimieren und ausbauen, um sie für die  
1148 erneuerbaren Energien fit zu machen. Die neuen Anwendungsfelder von elektrischer  
1149 Energie in der Mobilität und beim Heizen durch Wärmepumpen stellen zusätzliche  
1150 Anforderungen an die lokalen Netze. Daher wird neben dem Stromleitungsnetzausbau

1151 intelligente dezentrale Speichertechnologien für den Ausgleich von Lastspitzen  
1152 und Erzeugerspitzen ein wichtiger Beitrag sein. Wir wollen Projekte für  
1153 Netzstabilität, Spannungs- und Frequenzhaltung fördern. Ein Netzausbau und  
1154 dessen Verstärkung ist daher sowohl im Lokalen als auch bei großen  
1155 Übertragungsleitungen unabdingbar. Wir wollen den Ausbau auf das absolut  
1156 notwendige Maß beschränken, um die Natur zu schonen. Für die energiepolitische  
1157 Unabhängigkeit des Kontinents von fossiler Energie setzen wir uns dafür ein,  
1158 dass Sachsen-Anhalt im Rahmen einer bundesweiten Strategie seinen Beitrag zu  
1159 europäischen länderübergreifenden Stromnetzen leistet.  
1160 Wir setzen uns für die Minderung der Entgelte und Umlagen auf Strom für  
1161 Wärmepumpen und Mobilitätsanwendungen auf Bundesebene ein.

## 1162 Aus der Braunkohle früher aussteigen

1163 Das Kohleausstiegsgesetz hat festgelegt, dass die Braunkohlekraftwerke in  
1164 Sachsen-Anhalt spätestens 2034 stillgelegt werden. Wir wollen darauf  
1165 hinarbeiten, dass eine Stilllegung bis 2030 ermöglicht wird. Je früher wir aus  
1166 der Braunkohle aussteigen, desto besser bringen wir zukunftsfähige Jobs und  
1167 Zukunftsbranchen bei uns im Land voran und desto sicherer erreichen wir unser  
1168 Ziel der Klimaneutralität bis 2035. Wir wollen über eine Änderung des  
1169 Landesentwicklungsplans den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung unumkehrbar  
1170 machen. Wir wollen deshalb im Landesentwicklungsplan die Vorranggebiete für  
1171 Rohstoffgewinnung „Braunkohle Profen/Domsen“ und „Braunkohle Lützen“ durch  
1172 Vorranggebiete für andere Funktionen oder Nutzungen ersetzen.

1173 Der Kohleausstieg ist eine gesamteuropäische Aufgabe, die nicht allein den  
1174 Regionen überlassen werden darf. Deshalb setzen wir uns auf EU-Ebene für die  
1175 Aufstockung der Strukturfonds – vor allem des Just Transition Funds – im  
1176 Haushalt der Europäischen Union ein.

## 1177 Braunkohleunternehmen müssen Folgekosten tragen

1178 Die Nutzung der Braunkohle hat immense Folgekosten. Für uns ist klar, dass diese  
1179 von den Braunkohleunternehmen getragen werden müssen, die in der Vergangenheit  
1180 Milliarden Gewinne an ihre Aktionär\*innen ausgeschüttet haben. Als Verursacher  
1181 müssen die Unternehmen für die Finanzierung der Folgekosten aufkommen. Wir  
1182 fordern, dass die Unternehmen das volle Wasserentnahmegeld zur Entwässerung der  
1183 Tagebaue zahlen. Damit sollen die öffentlichen Haushalte geschützt werden. Wir  
1184 setzen uns dafür ein, unverzüglich insolvenz sichere Sicherheitsleistungen von  
1185 den Tagebaubetreibern einzufordern. So sichern wir ab, dass die Tagebaue wieder  
1186 anderweitig nutzbar gemacht werden können, beispielsweise zu Freizeit- und  
1187 Erholungszwecken.

## 1188 Kein Fracking und keine Endlagerung von Kohlendioxid 1189 zulassen

1190 Fracking ist für uns keine Option. Ebenfalls lehnen wir die CCS-Technologieketten  
1191 (Carbon, Capture and Storage) ab, die Kohlendioxid abscheidet, transportiert und  
1192 unterirdisch verpresst.

1193 Sicherheit des Atommüllendlagers Morsleben muss Priorität  
1194 haben

1195 Wir fordern ein tragfähiges und sicheres Stilllegungskonzept für das Endlager  
1196 für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Morsleben (ERAM). Die  
1197 Bundesregierung hat diese Abfälle von den AKW-Betreibern übernommen und ist  
1198 somit auch für die sichere Entsorgung verantwortlich. Wir fordern deshalb von  
1199 der BGE (Bundesgesellschaft für Endlagerung) die zügige Vorlage der für das  
1200 Stilllegungskonzept notwendigen Unterlagen. In diesem Zusammenhang müssen auch  
1201 die zwischengelagerten Abfälle (Radiumfass), für die es keine  
1202 Endlagerebene gibt, und das nicht genehmigte Ostfeld geräumt werden.

1203 Der Bund hat 2020 endlich Geld freigegeben, um die strukturellen Nachteile des  
1204 Standortes abzufedern. Dennoch wird Morsleben im Vergleich zu den beiden anderen  
1205 Atommüll-Standorten Asse und Schacht Konrad ungleich behandelt. Der  
1206 Zukunftsfonds Asse erhält seit 2015 jährlich drei Millionen Euro vom Bund. In  
1207 den Konrad-Fonds fließen seit 2011 pro Jahr jeweils 700 000 Euro. In Morsleben  
1208 sollen nur 400 000 Euro jährlich fließen. Wir wollen, dass der Bund die  
1209 finanziellen Zuwendungen anpasst.

1210 Bei der erneuten Endlagersuche für den radioaktiven Abfall von deutschen  
1211 Atomkraftwerken zählen wissenschaftliche Erkenntnisse und nicht politischer  
1212 Druck. Auch in Sachsen-Anhalt gibt es Regionen, die geologisch betrachtet dafür  
1213 grundsätzlich in Frage kommen. Wir unterstützen einen offenen und transparenten,  
1214 deutschlandweiten Prozess für die Suche nach einem sicheren Endlager für  
1215 radioaktiven Abfall.